

Rede

Kiel, 26.09.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Aktuelle Ausbildungssituation

### PRESSEINFORMATION

Selten war die Lage auf dem Ausbildungsmarkt so angespannt wie dieses Jahr. Auch in Schleswig-Holstein stehen wir vor dem Problem, dass wir in den kommenden Jahren wegen der geburtenstarken Jahrgänge mehr Ausbildungssuchende haben werden, aber die Wirtschaft gleichzeitig immer weniger Ausbildungsplätze anbietet. Dies hat die Landesregierung bereits im April erkannt und hat in Abstimmung mit der Wirtschaft, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsverwaltung das "Sofortprogramm für mehr Ausbildung und Qualifizierung in Schleswig-Holstein" aufgelegt.

Kernpunkt dies Programms ist der erheblich verstärkte Einsatz von Ausbildungsplatzakquisiteuren, die in den Betrieben für mehr Lehrstellen werben und gleichzeitig geeignete Bewerber und Bewerberinnen vermitteln. Insgesamt umfasst das Programm 13 Module, die noch dieses Jahr mit einem Aufwand von rund 3,3 Millionen Euro 2.100 Ausbildungs- und Qualifizierungsplätze schaffen soll. Das Sofortprogramm, das erst einmal drei Jahre laufen soll, ergänzt auch die Maßnahmen der Bundesregierung und des schleswig-holsteinischen Bündnisses für Ausbildung.

Nach einer Zwischenbilanz der Landesregierung konnten bereits über 1.900 zusätzliche Plätze und Angebote bewilligt oder bereitgestellt werden. Der SSW begrüßt den großen gemeinsamen Einsatz aller Beteiligten in Schleswig-Holstein, um die Ausbildungsmisere zu bekämpfen. Wir sind der Auffassung, dass die Landesregierung - und hier insbesondere Wirtschaftsminister Rohwer - sehr schnell und effizient gehandelt hat und im Rahmen des



Sofortprogramms auf einen guten Weg ist. Auch viele Unternehmen haben trotz der schwierigen Rahmenbedingungen weitere Ausbildungsplätze in vielen Fällen über den Eigenbedarf hinaus bereitgestellt. Diesen Firmen gilt natürlich unser besonderer Dank.

Dennoch: Es wird langfristig nicht ausreichen, jedes Jahr an die Unternehmen zu appellieren, doch mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Auch wenn das Sofortprogramm der Landesregierung erste Früchte trägt müssen wir uns als Landtag vor dem Hintergrund der kommenden geburtenstarken Jahrgänge damit auseinandersetzen, wie wir die Ausbildungssituation in den nächsten Jahren verbessern können.

Die Bundesregierung hat damit gedroht, Betriebe die nicht Ausbilden mit einer Abgabe zu bestrafen. Um es klar zu sagen: Der SSW hält wenig von so einer Ausbildungsabgabe. Eine Bestrafung dieser Unternehmen macht zum einen keinen Sinn, weil es durchaus betriebsinterne Gründe geben kann, nicht oder weniger auszubilden und zum anderen besteht die große Gefahr, dass viele Unternehmen die Abgabe lieber bezahlen, weil es bequemer ist, als Auszubildende in den Betriebsablauf zu integrieren.

Wir könnten uns daher viel eher vorstellen, dass man die Unternehmen die, viel ausbilden, durch steuerliche Anreize für Ausbildungsbetriebe belohnt. Zuckerbrot ist in dieser Frage besser als die Peitsche. Aber auch diese steuerlichen Maßnahmen werden uns nicht wirklich voranbringen, wenn wir nicht endlich das Duale Ausbildungssystem grundlegend reformieren.

Der SSW hat dieses Thema im Landtag schon oft angesprochen: Das Duale System, das ja viele Jahre vorbildlich war, hat sich aus internationaler Sicht eigentlich schon überlebt. Wir müssen die starren Ausbildungsformen des Dualen Systems mit ihrer dreijährigen Grundausbildung aufbrechen. Wir müssen modulatorientierte Ausbildung anbieten, die viel stärker als heute eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Berufsschule und Ausbildungsbetrieben beinhaltet. Auch die außerbetriebliche Berufsausbildung muss verbessert werden.

Wir glauben, dass man mit einer so reformierten Berufsausbildung und steuerlichen Anreizen auch wieder die Unternehmen leichter dazu bringen wird, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

